# Bozialdemokratischer Pressedienst

Berausgeber und Chefrebafteur: Erich Alfringhaus, Berlin. Jemprecher: Amt Dinhoff 4196/4198



Ainschrift für Berlag und Schriftleitung: Berlin S28 61, Belle-Alliance-Plat 8 Drabtanfcrift: Sepadienk

Die Berfiellung erfolgt im Gelbfiverlag. Der Abbrud ift wer auf Grund befonderer Bereindarung gestattet, Mudigung beiberfeite 4 Bocher ber bem Quartutorffen, wann nichts anderes vereindert ift. Grifffingsort für beibe Zeile ift Berfin

Bertin, den' 21. Juni 1930

Int. ins. ituut Soc. Geschiedenis Amsterdam Persische Reformen.

(Von unserem Orientkorrespondenten.)

SPD. Teheran, im Juni (Eig.Bericht)

Die Politik der Reformen, deren Zweck darin besteht, Persien zu einem politisch und militärisch starken und wirtschaftlich konsolidierten Nationalstaat zu machen, wird weiter fortgesetzt, wobei Schah Riza Pehlewi nach dem Muster seines türkischen Kollegen Mustapha Kemal Pascha die Rolle des Treibers der, wie überall, auch nicht in Persien sehr veränderungsfreudigen Bourgeoi-

sie spielt.

Bei allem Drang, die vorsintflutlichen Zustände Persiens schnell und um jeden Preis zu ändern und trotz einer Reihe von Fehlgriffen, die aus dem Bestreben entstehen, die industrielle Grundlage der persischen Wirtschaft in möglichst kurzer Zeit zu verbreitern, lässt sich auch bei einer kritischen Betrachtung der neuen persischen Methoden feststellen, dass sie zielbewusster und mit einer grösseren Berücksichtigung des Bestehenden angewandt werden, wie in der Türkei und beim tragikomischen Intermezzo Amanullahs in Afghanistan. Der Vorteil Persiens seinen Nachbarländern gegenüber besteht darin, dass hier durch das Petroleum bereits ein Fond an wertvollen und verwendbaren Naturschätzen vorhanden ist, dessen Eträge eine nicht zu unterschätzende Grundlage für die Befriedigung der erheblichen finanziellen Bedürfnisse des grossen Umbaus bilden.

Allerdings treibt Riza Khan hier ein sehr gefährliches Spiel, denn seine Bemühungen die überwiegend in englischen Händen befindliche Petroleumindustrie zu nationalisieren und die Verträge mit den britischen Gesellschaften nach Ablauf der demnächst zu Ende gehenden Kontrakte nicht weiter zu erneuern, müssen Persien früher oder später in einen offnen Konflikt mit Gross-Britannien treiben. Der Versuch für den Fall eines Kampfes sich nach Bundesgenossen umzusehen, drängen Persien zu einer Annäherung an Russland und die Türkei. Eine Auf gabe der bisherigen Neutralitätspolitik Persiens muss andrerseits wieder die Reibungen in der schon ohnedies gespannten Politik Vorderasiens verschärfen und vor allem dazu führen, den russisch-englischen Gegensatz in Asien, der nicht nur für den Frieden dieses Erdteils sondern für den der übrigen Menschheit immer bedrohlicher wird, bis in die Nähe des Ausbruchs offener Feindse-

ligkeit zu steigern.

Auf dem Gebiet der Kulturpolitik hat die persische Regierung vor kurzem zwei in das religiöse Leben des Volkes tief einschneidende Reformen durchgesetzt. Die erste richtet sich gegen den überragenden Einfluss der Geistlichkeit, unter deren Druck das ganze öffentliche Leben des Landes seit Jahren gestanden hat. Die zweite besteht in dem Verbot der Mekkapilgerfahrt, deren Wirkungen für die persische Wirtschaft wie für eine Reihe sozialer Fragen im Laufe der Zeit zu einer wahren Katastrophe geworden ist.

Das Kultusministerium hat durch Erlass die zahlenmässige Reglementie-

rung des geistlichen Standes angeordnet, zu dem der Zugang seiner privilegierten Stellung wegen bisher ungeheuer gewesen ist. Der Widerstand der sogenannte Turbanträger, der Hodschas und Mullahs, hat bisher alle Bemühungen einer Moder nisierung Persiens zu Nichte gemacht. Der persische Klerus hat im Laufe der Jahrhunderte eine Nebenregierung geschaffen, deren Einfluss auf die abergläubischen und fanatischen Massen im Gegensatz zu dem des Staates fast unumschrän gewesen ist. Es gehört zu seinen durch Gewohnheit überkommenen Rechten, dass Räuber und Mörder, selbstverständlich gegen gutes Entgelt, die geistliche Abso lution erhielten, was gleichbedeutend mit Straffreiheit und der fortdauernden Immunität für alle Vergehen gegen Leben und Eigentum der Schwächeren war. Es hat den Anschein als ob die persische Geistlichkeit weiss, dass ihre Stunde. geschlagen hat und dass sie klug genug ist, sich in das Unvermeidliche zu füge Ihr Verhalten lässt erkennen, dass sie gewillt ist, ihre bisherigen Machtpositionen ohne grossen Widerstand aufzugeben, um so zu retten, was zu retten ist.

Das Verbot der Mekkapilgerfahrt wird sich sehr bald im persischen Volkshaushalt bemerkbar machen. Diese Institution hat dem Nationalvermögen bisher eine Einbusse von 30 Millionen Mark im Jahr zugefügt. In diese Spesen sind die kostspieligen Opfer an Schafen im Opfertal von Mekka während des Kurban Beiramfestes nicht einmal eingerechnet. Da jeder Fromme für jedes seiner Familienmitglieder ein Schaf opfern muss, lassen sich die Beduinenstämme aus der Umgebung die gute Gelegenheit nicht entgehen, um aus dem frommen Brauch ein gutes Geschäft zu machen. Sie liefern die Tiere zu derartigen Wucherpreisen, dass sich viele Pilger oft in die Sklaverei verkaufen müssen, um nicht Hungers zu sterben. Die Wirkung der unter freiem Himmel, bei heisser Sonne und mit Ausserachtlassung der primitivsten hygienischen Vorsichtsmassregeln dargebrachten Hekatomben auf Leben und Gesundheit der Pilger ist katastrophal. Hunderte von Menschen sterben oft durch Epidemien an Ort und Stelle, während zahlreiche andere verseucht nach Hause kommen und durch Übertragung von Krankheiten grossen Schaden anrichten.

Von den wirtschaftlichen und sozialhygienischen Gründen abgesehen, die eine solche Präventivmassregel rechtfertigen, hat das Verbot der Pilgerfahrt nebenbei noch eine deutliche Spitze gegen Ibn Saud und seine englandfreundliche Politik. Seit der Zusammenkunft des Herrschers von Hedschas und Nedscha mit König Faisal von Mesopotamien an Bord eines englischen Kriegsschiffes haben sich nämlich die bisher sehr freundschaftlichen Beziehungen zwischen Ibn Saud und Schah Riza Pehlewi sichtlich verschlechtert.

SPD. Wien, 21. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Bundeskanzler natte am Sonnabend mit den Landeshauptleuten von Tirolund Steiermark in Anwesenheit von Vertretern der Heimwehr eine Besprechung über die Ausweisung des Majors Pabst, in deren Verlauf nach einem Wiener Blatt für Pabst eine Aufenthaltserlaubnis für Tirol vereinbart worden sein soll. Das Bundeskanzleramt dementiert diese Meldung. Es stellt gleichzeitig fest, dass die Besprechungen erst in den nächsten Tagen zu Ende geführt werden.

SPD. New York, 21.Juni (Eig.Drahtb.); Vor wenigen Tagen ist in den Vereinigten Staaten eine neue deutsche Zeitschrift erschienen, die den ersten Versuch zur Propagierung des Nationalsozialismus in Amerika darstellt. Die Zeitschrift erscheint gleichzeitig in New York und Chicago und bezeichnet sich mit nicht wenig Überheblichkeit als das Kampfblatt der Amerika-Deutschen. Sie bekennt sich zum Hakenkreuz und verkündet als Ziel den Kampf gegen den Sozialismus von Karl Marx.

SPD. Paris, 21. Juni (Eig. Drahtb.)

Der französische Ministerpräsident erklärte am Sonnabend in einer Bankett rede, die sich zum Teil an die Adresse der Hadikalen richtete: "Wir sind gute Republikaner und haben keinerlei Interesse daran, die benachbarten Parteien auszuschliessen, oder uns über ihre Schwierigkeiten zu freuen. Die Gemeinsamkeit der Interessen und die Grösse des zu vollbringenden Werkes sind stark ge-

keit der Interessen und die Grösse des zu vollbringenden Werkes sind stark g nug, um allen Republikanern eine Zusammenarbeit ohne Prestigeverlust zu gestatten."

SPD. Köln, 21. Juni (Eig. Drahtb.)

Die volksparteiliche "Kölnische Zeitung" schreibt in ihrer SonnabendAbendausgabe zu der Hinrichtung des Vatermörders Zell in Württemberg:

"Die Hinrichtung ist nicht nur eine Verhöhnung des Strafrechtsausschusses des Reichstages, der in einem förmlichen Antrag um die Aufhebung der Vollstreckung bat, sie ist auch ein Musterbeispiel für die Notwendigkeit der Abschaffung der Länderjustiz. Das muss jeder sagen, der noch einen Funken von Rechtsgefühl in sich hat. Auch der leidenschaftlichste Anhänger der Todesstrafe wird sich entschieden gegen einen Rechtszustand wenden, der es ermöglicht, dass der Täter wegen ein und desselben Verbrechens in Württemberg hingerichtet und in Preussen zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt wird. Da eine Verständigung der Länder mit dem Reich anscheinend in der Praxis nicht durchführbar ist, erwarten wir vom Reichsjustizminister und den Parteien die umgehende Vorlage eines Reichsgesetzes, durch das bis zur Einführung des neuen Strafgesetzbuches den Ländern ganz allgemein die Umwandlung von Todesurteilen in lebenslängliches Zuchthaus zur Pflicht gemacht wird. Darüber hinaus wird es nun aber wirklich Zeit, durch die Übertragung der Länderjustizverwaltung auf das Reich der Uneinheitlichkeit ein Ende zu machen. Der Fall Zell hat das Begnadigungsrecht der Länder für alle Zeiten ad absurdum geführt."

SPD. München, 21. Juni (Eig. Drahtb.)

Der frühere bayerische Landwirtschaftsminister Wutzlhofer ist mit seiner Landwirtschaftlichen Genossenschaft in Straubing (Niederbayern) in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Die Verschuldung soll eine Million weit übersteigen und im Wesentlichen auf den verlustreichen Güterhandel des früheren Ministers zurückzuführen sein, der bei einem Geschäft in Steiermark allein eine Viertelmillion überstieg. Die Einrichtung der Münchener Geschäftsstelle wurde bereits gepfändet. Die Bezahlung der Angestelltengehälter ist drei Monate rückständig. Die Leidtragenden sind in erster Linie neben der Familie des früheren Ministers einige 100 Landwirte, deren Genossenschaftsanteile mit einer Haftung von 2000 Mark verbunden sind. Einige Hoffnungen besitzen die Geschädigten noch in einem Sanierungsversuch durch den Genossenschaftlichen Rationalisierungsfonds des Reiches, an den sich Wutzlhofer mit der Bitte um Hilfe gewandt hat.

SPD. Die Weltkraftkonferenz beschäftigte sich am Sonnabend mit den Bestrebungen, die einzelne Elektrizitätsversorgungsgebiete, die Elektrizitätsversorgungsgebi

Die technischen Fragen, die sich aus dem gehannten Probleme rgeben, stehen vielfach in engem Zusammenhang mit wirtschaftlichen und verwaltungsmässigen Gesichtspunkten. Es kommen Regel in Frage, die beim Abschluss vom Stromasstausch-verträgen zu beachten sind, ferner die Methodik der Lastverteilung, die technischen Hilfsmittel für ihre Durchführung, insbesondere Spezialtele

fonie, Fernmessung, Fernmeldung und Fernregelung. Weitere Probleme ergeben sich aus der Notwendigkeit, die <u>Hochspannungsfernleitungen</u> ausreichend gegen <u>Störungen</u> zu schützen, um eine möglichst hohe Betriebssicherheit zu erreichen. <u>Hier spielen die Ausführungen wichtiger Teile des Netzes in Kabeln statt Freileitungen eine wichtige Rolle. Auch in der Konstruktion der <u>Freileitungen selbs machen sich Fortschrittendenzen geltend, Man hat z.B. in den letzten Jahren erkannt, dass die durch Windeinwirkung hervorgerufenen <u>Schwingungen der Seile eine grosse Gefahrenquelle darstellen und diesen Vorgängen, deren Ursachen bisher noch nicht klar zutage lagen, viele Seilbrüche zuzuschreiben sind. Durch verschiedene Mittel sucht man diese gefährlichen Schwingungen zu verhindern.</u></u></u>

3

Die Verhandlungen, die stark in die technischen Einzelheiten hineinführten, zeigten jedoch deutlich, dass eine Aussprache in weitem Rahmen und ein Erfahrungsaustausch zwischen den Fachleuten der verschiedenen Länder viel Anregungen zu geben vermögen. Bemerkenswert ist, dass in der elektrischen Kraftübertragungstechnik eine starke Neigung für den Übergang zu hochgespanntem Gleichström anstelle des bisher fast ausschliesslich verwendeten Drehstroms besteht. Die einzige Schwierigkeit, die diesem mit zahlreichen Vorteilen verbundenen Übergang heute noch entgegenwirkt, besteht darin, dass man den leicht erzeugbaren Drehstrom noch nicht in einfacher und wirtschaftlicher Weise in Gleichstrom verwandeln und vor allem noch nicht rückverwandeln kann. Eine erfolgreiche Lösung dieses Problems dürfte eine grundlegende Wandlung in der elektrischen Übertragungstechnik hervorrufen.

Auch hier standen eine Reihe von Einzelfragen zur Erörterung. Es kam klar zum Ausdruck, dass der Dieselmotor, der sich durch seinen hohen thermischen Wirkungsgrad auszeichnet und der unter allen Wärmekraftmaschinen die Wärme am vollkommensten in technische Arbeit umzuwandeln vermag, wegen der hohen Preise des Dieselöls in ölarmen Ländern nur beschränkte Verwendung finden kann. Eine günstige mittlere Lösung würde der nach dem Verbrennungsprinzip arbeitende Kohlenstaubmotor darstellen, der im Wirkungsgrad zwischen dem Dieselmotor und der Dampfmaschine liegt, vor dem Dieselmotor aber den Vorteil aufweist, dass er mit einem pilligen Brennstoff, nämlich Kohlenstaubmotor bis jetzt noch nicht entwickelt.

SPD. Limburg a.d.L., 21.Juni (Eig.Dr.)
Das Schwurgericht in Limburg a.d.Lahn sprach den sozialdemokratischen
Stadtverordnetenvorsteher Stippler aus Hadamar von der Anklage des Meineids frei, Die Beweisaufnahme ergab die völlige Unschuld des Angeklagten.

Die Anklage beruhte auf einer anonymen Anzeige, nach der Stippler vor sechs Jahren vor dem Amtsgericht Hadamar als Zeuge einen Meineid geleistet haben sollte. Im Verlauf der Untersuchung wurde u.a. festgestellt, dass der Bürgermeister von Hadamar, Dr. Decher, der Besitzer des "Höchster Kreisblattes" den ihm befreundeten Staatsanwalt von Limburg auf die zu erwartende anonyme Anzeige bereits zwei Tage, bevor sie einging, aufmerksam gemacht hatte, dass die Anzeige erstattet wurde kurz vor der bevorstehenden Bestätigung Stipplers zum Beigeordneten von Hadamar, die der Bürgermeister Dr. Decher mit allen Mitteln zu verhindern versuchte und Landjäger den Kronzeugen der Staatsanwaltschaft, der in der Voruntersuchung nicht so ausgesagt hatte wie erwartet worden war, entsprechend unterrichtet hatten.

Der Verteidiger des Angeklagten Professor Dr. Sinzheimer erklärte in seinem Plädoyer, dass durch den Prozess ein politischer Gegner mit kriminalistischen Mitteln beseitigt und aus politischen Gründen erledigt werden sollte. Die Eilfertigkeit, um nicht zu sagen Leichtfertigkeit, mit der sich die Justiz

in den Dienst einer Dorfclique zur Vernichtung eines politischen Gegners gestellt hat, wurde in krasser Weise dadurch gekennzeichnet, dass nicht einmal der Eröffnungsbeschluss den gesetzlichen Vorschriften entsprach. Das Gericht musste erst durch eine in längerer Beratung formulierte Erläuterung die einzelnen gegen den Angeklagten erhobenen Beschuldigungen namhaft machen.

SPD. Im Reichsrat wurde am Sonnabend die Novelle zur Reform der Arbeitslosenversicherung mit einigen geringen Änderungen angenommen. Annahme fand
ferner eine von den Reichsratsausschüssen vorgeschlagene Entschliessung, die
eine baldige, der Wirtschaftslage Rechnung tragende Neuregelung der Krisenunterstützung und der Unterstützung der Wohlfahrts-Erwerbslosen fordert. Zur
Vorbereitung der alsbald einzuleitenden gesetzlichen Neuregelungen dieser Fragen wurde die Reichsregierung ersucht, im Einvernehmen mit den Landesregierungen sofort eine Erhebung über die Zahl der Krisen-Unterstützten und Wohlfahrts-Erwerbslosen in den einzelnen Gemeinden zu veranstalten und bis zum
1.0ktober dem Reichsrat als Material vorzulegen.

SPD. München, 21. Juni (Eig. Drahtb.)

Das Luftschiff Graf Zeppelin erschien auf seiner grossen Deutschlandfahrt am Sonnabend punkt 16 Uhr über München. Seine Fahrt ging von Friedrichshafen über Augsburg, die Donau abwärts bis Passau und dann in einer grossen Schleife über die oberbayerischen Seen nach München. Um 16.45 Uhr landete das Schiff unter grosser Begeisterung der Zuschauer auf dem Flugplatz Oberwiesenfeld. Kurz nach 18 Uhr startete "Graf Zeppelin" zu seiner Fahrt nach Berlin.

SPD. Bombay, 21.Juni (Eig.Drahtb.)

Die seit Tagen in Bombay herrschende Gewitterstimmung hat sich am Sonnaben vormittag in einem schweren Blutbad entladen. Der Anlass war geringfügig. Etwa 500 Frauen zogen mit Fahnen und Gesang durch die Strassen. Als die Demonstranten sahen, dass ein Boykottposten verhaftet werden sollte, stellten sie sich schützend vor ihn. Die Polizei hieb mit Bambusstöcken auf die Frauen ein und verletzte fünf Personen. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich diese Nachricht im indischen Viertel. Nach kurzer Zeit hatten sich Zehntausende von Indern eingefunden. Gleichzeitig erhielt die Polizei grosse Verstärkungen. Etwa 500 berittene und unberittene Gendarmen versuchten die Massen auseinanderzutreiben. Es war vergebens. Nach einem zweistündigen Ringen begannen die Schutzleute in die Menschenmassen hineinzufeuern. Eine Panik folgte dem schweren Blutvergiessen. Ein offizieller Bericht meldet allein mehr als 150 Schwerverletzte, die in die Krankenhäuser eingeliefert wurden. 300 Personen sollen leichte Schussverletzungen erlitten haben. Tote werden nicht gemeldet.

Nehru, der gegenwärtige Präsident des allindischen Kongresses, weilte am Ort des Zusammenstosses. Nach dem Zusammenstoss wurde ein Proteststreik ausgerufen. Sämtliche Truppen stehen seit Sonnabend-Nachmittag in Alarmbereitschaft.

SPD. Weimar, 21.Juni (Eig.Drahtb.)

Die Weimarer Stadtverordnete-Versammlung nahm auf Antrag der Sozialdemokratie mit 11 gegen 9 Stimmen folgende gegen die Juden-Hetze der Nationalsozialisten gerichtete Entschliessung an :

"Der Stadtrat der Stadt Weimar verurteilt die Äusserung des Abg. Sauckel und beauftragt den Stadtvorstand, dem Thüringer Städteverband, dem Thüringer Bäderverband und dem Thüringer Landtag kundzutun, dass er gegen die Ausführungen Sauckels, die geeignet sind, die Thüringer Städte und Kurorte auf das schwerste zu gefährden, schärfsten Protest erhebt."

Sauckel hatte am 3.Juni im Thüringischen Landtag geäussert: "Wenn es

uns gelingt, die jüdischen Kur- und Erholungsgäste von Thüringen fernzuhalten.

dann haben wir schon einen Teil unserer Ziele erreicht."

SPD. London, 21.Juni (Eig.Drahtb.) :Völlig undurchsichtige Gerüchte wurden am Sonnabend von verschiedenen englischen Nachrichtenagenturen aus Malta verbreitet. Danach soll die Regierung in Malta zurückgetreten und die Verfassung aufgehoben worden sein.

Der seit einer Woche in London weilende Ministerpräsident von Malta, Lord Strickland, erklärte, die Meldungen kämen ihm überraschend. Er bezweifele solange ihre Richtigkeit, bis er eine amtliche Bestätigung habe, die jedoch bis Sonnabend-Abend noch nicht eingetroffen sei. Er denke nicht daran, zurückzutreten, und er sei auch ein strikter Gegner der Aufhebung der Verfassung. Eine Aufhebung der Verfassung würde Malta in ein Kolonialverhältnis zu England zurückwerfen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der Verfassungsausschuss der Länderkonferenz für die Reichsreform schloss am Sonnabend-Nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning seine Arbeiten über Organisation, und Zuständigkeit des Reichs und der Länder ab. Er stimmte zumeist mit grosser Mehrheit den Vorschlägen seines Unterausschusses zu. Die Schlussabstimmung selbst erfolgte mit 15 gegen 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Nach diesen Beschlüssen soll das Nebeneinander von Reichs- und preussischer Zentralgewalt beseitigt werden. Es sollen leistungsfähige Verwaltungskörper zwischen dem Reich und den unteren Behörden in der Gestalt von neu zu gliedernden Ländern geschaffen werden. Wenn es auch nicht gelingen konnte, diesen Ländern ein völlig einheitliches Gepräge zu geben, so ist doch eine Grundlage für eine gleichmässigere und bessere Gestaltung des Reichs geschaffen.

Über die gesetzgeberische Inangriffnahme des Reformwerks selbst wird die Reichsregierung nunmehr Beschluss fassen.

SPD. London, 21. Juni (Eig. Drahtb.)

Der frühere konservative Aussenminister Chamberlain hat der Arbeiterregierung am Sonnabend hinsichtlich der gemeinsamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine scharfe Absage erteilt. Er erklärte, die Labour Party müsse sich

zu Tode regieren.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass der von Chamberlain angekündigte Feldzug gegen die Arbeiterregierung die Öffentlichkeit lediglich über den schweren Konflikt hinwegtäuschen soll, der seit einigen Tagen im konservativen Lager ausgebrochen ist. Bei der am 30. Juni stattfindenden Nachwahl im Wahlkreis Norfolk ist von dem konservativen Lokalkomitee ein Anhänger Lord Beaver brooks aufgestellt worden. Vergeblich hat die konservative Parteileitung gegen diese Kandidatur protestiert. Auch die Drohungen mit der Verweigerung der Wahl-gelder durch die konservative Parteileitung sind fruchtlos geblieben. Die konservative Partei hat daraufhin für Dienstag sämtliche Abgeordnete des Unter-

hauses und Kandidaten des betreffenden Wahlkreises, sowie den Parteiausschuss zu einer Sitzung geladen, die sich zu einem <u>Duell zwischen Baldwin und Lord</u>
Beaverbrook gestalten dürfte. Es kämpfen im konservativen Lager die Agrarkreise unter der Führung Beaverbrooks gegen die Industrieinteressenten, die sich den von Lord Beaverbrook geforderten Lebensmittelzöllen widersetzen.

SPD. Der Reichskanzler hatte am Sonnabend in Gegenwart des Reichswirtschaftsministers Dr. Dietrich eine mehrstundige Unterredung mit dem preussischen Finanzminister, in deren Verlauf Dr. Brüning sondierte, ob Höpker-Aschoff unter gewissen Voraussetzungen das Reichsfinanzministerium übernehmen wurde. Die Besprechung verlief negativ. Aus politischen und wirtschaftlichen Erwägungen bedankte sich Höpker-Aschoff, das Erbe des von der Volkspartei gestürzten Finanzministers Moldenhauer anzutreten. Höpker-Aschoff handelte damit zugleich im Sinne der demokratischen Parteileitung und des Vorstandes der demokratischen Reichstagsfraktion.

Trotzdem hat sich Herr Brüning nach der Absage des preussischen Finanzministers wiederum einen Demokraten als Favoriten für das Reichsfinanzministerium auserkoren. Es ist der gegenwärtige Reichswirtschaftsminister Dr. Dietrick mit dem in den letzten Tagen bereits wiederholt über die Besetzung des Finanzministeriums verhandelt wurde und der von Herrn Brüning schon bei der Bildung seines Kabinetts als Finanzminister ausersehen war. Dieser Plan scheiterte damals an der Erklärung des Herrn Moldenhauer, dass er nur das Finanzministerium übernehmen würde. Moldenhauer setzte sich durch, Dietrich wurde Wirtschaftsminister und wurde für den Verzicht auf das Finanzministerium mit der Vizekanzlerschaft getröstet.

Dietrich scheint nicht wie sein Parteifreund Höpker-Aschoff zur Ablehnung des Finanzministeriums entschlossen zu sein. Immerhin hat auch er Bedenken, die jedoch mehr parteipolitischer als sachlicher Natur sind. Er fürchtet den Widerstand seiner Partei, die nach allem, was man hört, nach wie vor das Finanzministerium in der Regierung Brüning nicht übernehmen will. Kann man es ihr angesichts der ganzen Situation und der Krise im bürgerlichen Lager verdenken? Brüning hofft jedoch den Widerstand der Demokratischen Partei durch bestimmte Zusagen überwinden zu können. Zu diesem Zweck sind am Sonnabend Bespre-. sprechungen bezwi Sondierungen mit massgebenden Demokraten eingeleitet worden.

Brüning selbst will das Finanzministerium keineswegs übernehmen. Die Belastung seiner Partei mit diesem Ministerium erscheint ihm unerträglich. Aus diesem Grunde wird anderen zugemutet, den Karren aus dem Dreck zu ziehen, obwoh nach dem Fiasko dieser Regierung gerade Herr Brüning als intellektueller Urheber des Deckungsprogramms berufen wäre jetzt seinen Mann zu stehen!

SPD. Genf, 21.Juni (Eig.Drahtb)
Die Kohlenkommission hat am Sonnabend ihre Arbeiten in Abwesenheit der Arbeitgebervertreter fortgesetzt. Die Beratungen gestalteten sich wesentlich einfacher und positiver. Beraten wurde der Artikel 5 des Konventionsentwurfes über Überstunden für den Fall von Unglücksfällen und dringlichen Arbeiten an Betriebseinrichtungen. Die Beratungen werden am Montag fortgesetzt.

> (Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

#### Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 21.Juni (Eig.Bericht)
"Die Fememörder werden frei." So will es der Rechtsausschuss des Deutschen Reichstages, das heisst seine bürgerliche Mehrheit gegen die sozialdemokratische Minderheit. Auch die schändlichsten gemeinen Femeverbrechen sollen
mit den bisher verhängten und verbüssten Strafen als gesühnt gelten. So will
es das neue Amnestiegesetz, das am Sonnabend in zweiter Beratung im Reichstage
verhandelt wurde. Unter alle politischen Straftaten bis zum 1.September 1924
soll ein Strich gemacht werden. Auch die Strafverfolgung etwa neu bekannt werdender Verbrechen aus jener Zeit will man unterbinden. Ausgenommen bleiben von
der Amnestie nur solche Taten, die gegen ein Mitglied oder ein früheres Mit-

glied der Reichsregierung gerichtet waren. Es fallen also nicht unter die Amnestie die Schlächter Erzbergers und Rathenaus.

In einer Rede voll tiefer Wirkung griff der Sozialdemokrat Landsberg die Mittelparteien an. Er würdigte deren Standpunkt, aus Anlass der Rheinlandbefreiung und der von den Kriegsgegnern erzwungenen Amnestie für Separatisten usw. auch einen deutschen Straferlass für Taten zu gewähren, die mit der Besatzungsnot und deren Wirren in irgendwelchem Zusammenhang stehen. Was aber hätten die bestialischen Fememorde im unbesetzten Deutschland mit der Besatzung und mit der Rheinlandbefreiung zu tun? Landsberg verlas Urteilsbegründungen, die dem aufhorchenden Hause zeigten, dass Verbrecher von geradezu viehischer Roheit nun wieder auf die Menschheit losgelassen werden sollen. Die Sozialdemokratie ist nicht für die Todesstrafe gegenüber den Fememördern eingetreten. aber sie kann auch nicht verantworten, dass kaltblütig verübte Morde durch kurze Freiheitsstrafen als gesühnt gelten. Gerade an demselben Morgen, an dem das Zentrum im Reichstage für die Befreiung der Fememörder eintrat, hat ein Zentrumsminister in Württemberg einen Mörder hinrichten lassen, obwohl der Reichstag die Hinrichtung verhindern wollte. Der Zentrumsabgeordnete Schetter wandte ein, es handele sich in Württemberg um einen Menschen, der um gemeiner Vorteile willen seinen Vater ermordet habe. Richtig, Menschenleben aber bleibt Menschenleben. Wenn man den einen Mörder köpft und ein paar andere in Handlungen weit bestialischere Mörder einfach frei laufen lässt, so hört das Rechtsbewusstsein und die Rechtssicherheit auf. Die Freilassung der Fememörder wirkt geradezu wie ein Anreiz zu neuen politischen Mordtaten. Dies umsomehr, wenn man die politische Mordatmosphäre in Deutschland berücksichtigt. Landsberg schloss seine Rede in tiefer Bewegung mit dem Satz: "Uns steht das Ansehen der deutschen Republik zu hoch, als dass wir ihr diesen Schimpf antun möchten."

Die Regierungsparteien hatten sich erst nur auf eine gemeinsame Erklärung beschränken wollen. Nach Landsbergs Rede konnte aber das Zentrum nicht
schweigen. Dr. Schetter gab zu, dass sich der Standpunkt des Zentrums gewandelt habe. Er versuchte seine Partei mit dem Bielefelder Abkommen Severings
aus dem Jahre 1920 herauszureden, das eine allgemeine Amnestie empfohlen habe.
Herr Schetter weiss aber sehr genau, dass damals niemand von Fememorden etwas
wusste. Auch war Severings Empfehlung keine Rechtsquelle und kein Gesetz.
Unwidersprochen stellte Landsberg gegenüber Schetter fest, dass die Amnestie
ein Geschenk des Zentrums an die Treviranusgruppe sei.

Eine wertvolle Enthüllung machte Landsberg über die Kommunisten. Herr Pieck von dieser edlen Partei hatte nämlich in fürchterlicher sittlicher Entrüstung gemacht. Er verstummte aber, als Landsberg aufdeckte, dass die Kommunisten mit den Mittel- und den Rechtsparteien verhandelt aben, um den Stichtag für die Amnestie hinauszuschieben. Wären die bürgerlichen Parteien auf dieses Betteln der Kommunisten eingegangen, so würden die Kommunisten auch für die Befreiung der "Femebestien" gestimmt haben. Die pürgerlichen

Parteien brauchten aber diesmal die Kommunisten nicht und darum wiesen sie diese winselnden Revolutionäre ab.

An der Aussprache beteiligte sich auch der Fürstenanwalt Everling. Wahrscheinlich gehört auch die Verteidigung von Fememördern zu seinem Anwaltsgeschäft. Es ist widerlich, wie dieser Everling seine Firma immer wieder den verehrlichen deutschen Fürsten in Erinnerung bringt, indem er jammert, wie undankbar das deutsche Volk gegen seine Fürsten sei. Hoffentlich erweisen sich diese Fürsten wenigstens Herrn Rechtsanwalt Everling gegenüber dankbar, indem sie ihm durch einige fette Prozesse unter die schwächlichen Arme greifen. So viel hat ja das undankbare Volk den erwerbslosen Fürsten immerhin gelassen, dass sie Herrn Everling für die juristische Wahrnehmung ihrer Interessen anständig honorieren können.

Gegen 12 Uhr wurde die Beratung abgeschlossen. Die Abstimmung wird in

der nächsten Woche stattfinden.

SPD. Genf, 21.Juni (Eig.Drahtb.)

Der von der letzten Völkerbundsversammlung eingesetzte Dreizehner-Ausschuss zur Reform des Personalstatuts des Völkerbundssekretariats hat am Sonnabend nach achttägigen, streng geheim gehaltenen Verhandlungen seine Beratungen im wesentlichen abgeschlossen. Alles was erreicht werden wird ist eine zeitgemässe Pensionseinrichtung, dagegen wird es hinsichtlich der Einstellung und Beförderung der Beamten zu keinen grossen Änderungen kommen. Inbezug auf die oberste Leitung des Völkerbundssekretariats (Kollegialbehörde des Generalsekretärs mit den Untergeneralsekretären) und des Verhältnisses der höheren Beamten zu den Regierungen ihrer Heimatsstaaten konnte keine Einigung erzielt werden. Sir Eric Drummond hält an den bestehenden Befugnissen des Generalsekretärs fest. Andererseits lehnen die Kommissionsmitglieder derjenigen Staaten, die durch einen Untergeneralsekretär im Völkerbund vertreten sind die Vermehrung der Untergeneralsekretäre ab. Demgemäss dürfte an die Völkerbundsversammlungen ein Mehrheits- und Minderheitsbericht des Ausschusses gerichtet werden.

## "f. Aŭs aller Wett

#### Das Doppelleben der Krankenschwester.

Die Hintergründe eines geheimnisvollen Mordes - Die Tote in der Seine - Das Geheimnis des verschwiegenen Montmartre-Lokals-Mysterien der Pariser Lebewelt.

SPD. Das Saint=Antoine=Hospital ist ein grosses Krankenhaus im Ostenvon Paris. Seit über zwölf Jahren war hier die Krankenpflegerin Marie Gicquel als Angestellte tätig. Sie erfreute sich des grössten Vertrauens der Aerzte; wegen ihrer Bescheidenheit, ihrer Ruhe und ihrer Opferbereitschaft war sie bei allen Kranken beliebt. Vor einigen Tagen verschwand Marie Gic-

quel plotzlich spurlos.

Fünf Tage vergingen. Die Krankenbausverwaltung benachrichtigte die Angehörigen der Pflegerin – sie wussten nichts von dem Verbleib ihrer Angehörigen. Auch die Polizei war ratlos. Am sechsten Tage nach dem Verschwinden wur de im Norden von Paris, in der Nähe des Vorortes Glichy, die Leiche einer fünfunddreissigjährigen Frau in eleganter Abendtoilette aus der Seine gezogen. Die Tote hatte schwere Verletzungen am Kopf. Die Hände waren mit einem Taschentuch gefesselt. Alle Umstände deuteten daraufhin, dass ein Verbrechen, ein Mord geschehen war. Wer war die Tote? Sie trug nicht die geringsten Papiere bei sich. Die Monogramme in der Wäsche waren herausgeschnitten. Man photographierte die Ermordete, liess sie in die Leichenhalle bringen und setz te den Fahndungsdienst der Vermissten in Kenntnis.

Es fiel einem Polizeibeamten auf, dass die verschwundene Krankenpflegeri das gleiche Alter hatte wie etwa die Tote in der Seine. Die Mutter von Marie Gicquel wurde in die Leichenhalle bestellt. Beim Anblick der Leiche prallte die Mutter entsetzt zurück. Hinter dem Glasfenster der Morgue lag ihr Kind.. Ihr Kind, nicht wie immer in ihrer Krankenpflegerinnentracht, sondern in hocheleganter Kleidung, in der man Marie Gicquel noch niemals gesehen hatte.

Welches Geheimnis verbarg sich hinter diesen sonderbaren Feststellunzen? Die Polizei ermittelte es bald. In einer kleinen Seitenstrasse des Pariser Vergnügungsviertels Montmartre liegt ein von aussen unscheibar aussehendes Lokal, das nur von der Lebewelt besucht wird. Jeden Freitag Abend erschien hier eine elegant gekleidete Frau an der Seite eines älteren Herrn. Das Paar nahm immer den gleichen Platz im Hintergrunde ein. Stets tranken sie nur Sekt, mehrere Flaschen oft, niemals aber sah man sie tanzen. Zweimal schrieb der ältere Herr einen Zettel, der vom Kellner an die Musik weitergegeben wurde. Dann wurde jedesmal die ungarische Rhapsodie von Liszt gespielt und ein fürstliches Trinkgeld lohnte diese Gefälligkeit. Um drei Uhr nachts verliess das elegante Paar das Lokal. Eine grosse blaue Limousine wartete vor der Tür und entführte die beiden sonderbaren Gäste in die Nacht....

Die Pariser Polizei hat überall ihre gutbezahlten Aufpasser. In jedem Hotel, in jedem Restaurant, in jedem mondänen Tanzlokal sitzen ein paar Mänener oder Frauen, die der Polizei die nötigen Informationen über die Gäste liefern. Darum blieb es kein Geheimnis, wer die elegante Frau, die jeden Freitag Abend mit dem unbekannten Herrn gekommen war, gewesen sein konnte. Es war niemand anderes, als die Krankenpflegerin Marie Giequel, die ein mysteriöses Dopepelleben führte. Eine ganze Woche bindurch sah man sie nur in ihrer Krankenschwesterntracht; sie war die Bescheidenheit, die Anspruchslosigkeit selber. Doch am Freitag, ihrem Urlaubstage, verwandelte sich diese Frau plötzlich in

eine elegante Lebedame. Dass ihr Tod mit diesen sonderbaren Dingen in Zusammenhang steht, ist nicht zu bezweifeln. Der ältere Herr, dem offenbar die blaue Limousine gehört und der der Liebhaber der Krankenpflegerin war, ist seitdem nicht mehr in das verschwiegene kleine Lokal am Montmartre gekommen. Ist er der Mörder? Oder verbirgt sich noch ein anderes Geheimnis hinter dieser rätselhaften Affäre? Die Pariser Polizei vermag darüber vorläufig selber noch nichts zu sagen. Augenblicklich sucht man den Unbekannten in allen Vergnügungslokalen der Seine-Hauptstadt. Alle Konfidenten der Polizei sind im Besitz seiner genauen Personalbeschreibung. Doch bisher war auch die genaueste Ueberwachung erfolglos. Die Leiche der Krankenschwester wurde zur Beerdigung von der Staatsanwaltschaft freigegeben. In den Papieren und in der Hinterlassenschaft der Toten fand sich nicht das geringste, was über das Doppelleben und die Ermordung der Krankenschwester irgendwelche Schlüsse ziehen liesse. Die Affäre ist eine der geheimnisvollsten der letzten Jahre. Sie spielt in dem trüben Milieu der Pariser Lebewelt. Ein offenbar sehr wohlhabender galanter Herr, der sich gewiss nicht zu kompromittieren wünscht, ist in den Fall verwikkelt. Und darum braucht man sich nicht zu wundern, wenn das Geheimnis, das über dem Tode der Krankenschwester Marie Gicquel schwebt, wahrscheinlich für immer ungeklärt bleiben wird.

#### Gutmanns Sadismus.

Die Sachverständigen im Prenzlauer Gattenmordprozess - Die Liebe hätte hei= len können - Das Eheleben als Höllenaffäre - Die Fachleute widersprechen sich - Eine verräterische Blutspur.

SPD.Prenzlau,21.Juni (Eig.Drahtber.)
Die Forsetzung des Prenzlauer Giftmordprozesses gegen den Zahnarzt Dr.
Gutmann aus Schwedt a.O. entrollt mehr und mehr den Vorhang vor einem typisch bürgerlichen Drama der unglücklichen Jugend, der verdrängten Triebe und der verefehlten Ehe. Psychologisch liegt die Sache sehr schwierig, juristisch einfacher Es kommt darauf an, ob das Gericht dem Angeklagten glauben will, dass er seine zweite Frau in sinnloser Wut ermordet hat. Es ist schon möglich, dass die Richeter diese Frage bejahen. Denn sowohl eine Reihe von Zeugen, als auch einige der Sachverständige bestätigen

die Psychopathie des Angeklagten, seine Hemmungslosigkeit, seinen Jähzorn. Bestätigt wird weiter, dass Dr. Gutmanns zweite Frau schnell gereizt, stets nervös, sogar Morphinistin war. Wenn zwei derartige Charaktäre aufeinandertreffen, dann wird ihre Ehe rasch zur Hölle. Und die Ehe Gutmann war eine Hölle.

Mit grosser Spannung wurde am Sonnabend die Vernehmung der Zeugin Frau Lenz, der ersten Braut des Angeklagten, erwartet. Die ehemalige Geliebte hält zu Gutmann, steht seiner Tat fassungslos gegenüber. Sie kann nichts sagen, nur weis nend. Eine Angestellte des Hauses bekundet, dass es zwischen dem Ehepaar öfsters Zank und Streit, auch Schlägereien gegeben habe. Belastend ist die Aussage eines Vertreters der Versicherungsgesellschaft, bei der Gutmann die Versicherung seiner Frau abgeschlossen hatte. Einen Tag nachdem Gutmann von der Zentrabe der Versicherung die Zahlung der Prämie bescheinigt erhalten hatte, geschah das Unglück. Das ist merkwürdig.

Auch die sich anschliessenden Zeugenaussagen sind für Gutmann mehr oder minder belastend. Die Stimmung im Gerichtssaal wird immer gedrückter, ausserdem die sommerliche Hitze immer unerträglicher, fortgesetzt kommt es zu Zusammen= stössen heftigster Art zwischen den einzelnen Parteien. Wohl selten kämpfte ein Angeklagter unter so schwierigen, so negativen Umständen um seinen Kopf.

Die Gutachten der Sachverständigen lauten alles andere als einheitlich. Professor Dr. Leibbrandt, der die erste Frau Gutmanns bei Morphiumentziehungs-

~

kuren behandelte, sagt von ihr aus, dass sie sehr nervös und erregbar gewesen wäre und dass sie sich über Lieblosigkeit und rohe Behandlung durch ihren Gateten beklagt hätte. Dann kommt das

Gutachten Magnus Hirschfelds.

Es ist sehr ausführlich, sehr fundiert. Es heisst da: "Gutmann ist in sei= nem Triebleben im allgemeinen normal veranlagt, neigt aber gelegentlich doch etwas nach dem Sadistischen hin. So kommt es, dass er seine beiden Gattinnen herrisch und brutal behandelte. Da seine Persönlichkeit in seiner Jugend stark unterdrückt worden ist hat er später das so entstandene Minderwertigkeitsgefühl durch übersteigerten Geltungstrieb auszugleichen versucht. Da Gutmann ausser= dem von Haus aus eine gewisse Veranlagung zum Unmoralischen und Asozialen hat, so strömten hier alle möglichen Momente zusammen, um den Typ eines sogenannten geistig minderwertigen Psychopathen hervorzubringen. Von den Frauen, die im Leben des Angeklagten eine grosse Rolle gespielt haben, bat erdie erste, Fräulein Richter, offenbar sehr geliebt. Sie hätte ihn positiv beeinflussen, sie hätte ihn heilen können. Die zweite Ehe, die durch eine Heiratsvermittlerin zustande gekommen war, ging am Morphinismus zugrunde. Mann und Frau passten nicht zusammen. Im Hause Gutmann entstand die reine Strindbergatmosphäre. Dass es zum Morddrama auf die groteske Weise kam die der Angeklagte schilderte ist insofern psychologisch durchaus möglich.

Oberarzt Dr. Würfler, von der Irrenanstalt Eberswalde, bezeichnet den Angeklagten in gewisser Hinsicht aus er lich belastet. Aber Spuren von Geisteskrankheit seien bei ihm nicht festzustellen und der § 51 käme für ihn nicht
in Frage. Wenn die Tat im Affekt begangen sein schl, so müsse hier eine seelische Reaktion vorliegen, die psychologisch nicht erfass- und nachweisbar sei.
Aehnlich äussert sich Gerichtsarzt Dr. Horst-Prenzlau; nach seiner Ansicht sei
bei der Tat ein psychopathischer Affekt ausgeschlossen.— Ganz anders wieder
Professor Dr. Forster, der die Tötung der Frau Rosi Gutmann durchaus als Affekthandlung glaubt erklären zu können. Gutmann sei kein Mensch mit normalen Hemmungen. Er könne wohl schon wochenlang vor der Tat sich mit Mordabsichten gegen seine Frau getragen, die Tat aber trotzdem in einem Wutanfall begangen haben. Dr. Meinhardt aus Schwedt a.O. bekundet, dass er, zur Leiche gerufen, sofort erkannt habe, dass es sich nicht um einen Unglücksfall, sondern nur um ein
Verbrechen handeln könne, weshalb er auch den Totenschein nicht ausgestellt ha-

be.

Ausserordentlich belastend für den Angeklagten ist endlich die Aussage Dr.v.Gruchallas, der besonders ausführliche Bekundungen über Gutmanns Wechselaffären macht. Als Frau Gutmann ermordet worden war, will er sofort am Vorliegen eines Unglücksfalles gezweifelt und diesen weifel auch zum Ausdruck gebracht haben. "Im Gegensatz zu Dr.Meinhardt muss ich sagen, dass die Leiche der Frau Gutmann theatralisch hingebaut war, dass von einer Kopflosigkeit des Mannes überhaupt nicht die Rede sein kann. (Grosse Bewegung) Gutmann hat sich ganz genau überlegt, was er tun musste, nachdem er die Frau getötet hatte". Der Frau des Angeklagten stellt Dr.v.Gruchalla ein hervorragendes Zeugnis aus.

Der Sachverständige Professor Brüning hat eine Anzahl der am Tatort vorsgefundenen Gegenstände chemisch untersucht. Er behauptet an der Waschtoilette einen Blutfleck vorgefunden zu haben, der durch Anwischen, d.h. durch einen blutigen Gegenstand erzeugt worden sein muss. Desgleichen hätten die Blutflecke im Tandtuch so ausgesehen, als ob sie davom herrührten, dass mit dem Handtuch Blut gewischt worden wäre! -Medizinalrat Dr. Weimann endlich hat zusammen mit Dr. Wagner die Obduktion der Leiche vorgenommen und Erwürgung als Todesursache festgestellt. Ein wichtiger Satz: Die erkennbaren Verletzungen können nicht allein durch das Zuziehen eines Handtuchs entstanden sein. Es steht nicht gut um Gutmann....

<u>...</u>

Drama in der Sennhütte. In der Nähe von Oberwölz (Steiermerk) wurden zwei Einbrecher, die schon seit langem die Gegend unsicher gemacht hatten, festgenommen. Im Schutze der nächtlichen Dunkelheit konnten die Einbrecher jedoch bald wieder entfliehen. In einem benachbarten Dorfe brachen sie sofort wieder ein. Sie wurden zwar ertappt, konnten sich aber rechtzeitig in eine unbewohnte Sennhütte flüchten. Ein Jäger, der die Einbrecher verfolgt hatte, forderte sie auf, die Tür zu öffnen. Die Einbrecher weigerten sich, dieser Aufforderung nachzukommen. Der Jäger schoss schliesslich auf die Tür: die Kugel durchschlag die Füllung, einer der Einbrecher sank tödlich getroffen zu Boden. Der andere entkar über die Alm und meldete am nächsten Morgen einem Gendarmerieposten den tragischen Vorfall. Hierdurch verriet sich der Entkommene. Es wurde festgenommen.

9 Neuerkrankungen in Lübeck. Das Gesundheitsamt des Freistaats Lübeck meldet unter den mit dem Calmettemittel gefütterten Säuglingen 9 Neuerkrankungen. Bemerkenswert ist, dass sich unter den Erkrankten drei Säuglinge befinden, die bisher gar nicht in der amtlichen Statistik geführt wurden. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass diese Kinder am 26.April, dem Tage der Einstellung der Fütterung, noch das Calmettemittel verabreicht erhalten haben. Nach dieser Korrektur sind insgesamt 251 Kinder geimpft worden, von denen 64 gesund geblieben und 52 genesen sind. In Lübeck herrscht grosse Empörung darüber, dass sich das amtliche Material immer wieder als lückenhaft erweist.

Potsdamer Pfarrersfrau als Diebin. Die Serie der Potsdamer Gesellschaftsskandale reisst nicht ab. Zurzeit ist die Berliner Kriminalpolizei mit der Aufsklärung einer Reihe von Warenhausdiebstählen beschäftigt, deren die Frau des Potsdamer Pfarrers Feldbach beschuldigt wird. Erst dieser Tage ist Frau Feldbach bei ihren letzten derartigen Vergehen ertappt worden. Vier Tage vorher hatte sie anlässlich eines Diebstahls einen Revers unterschreiben müssen, in dem sie sich verpflichtete, kein Berliner Warenhaus mehr zu betreten. Frau Feldbach selbst besteht auf ihre Unschuld. Da sie nur gebrochen deutsch spresche, würde sie immer missverstanden werden sagt sie.

Nofretete verlässt uns nicht! In der Angelegenheit der Nofretete-Büste hat der preussische Minister für Vissenschaft, Kunst und Volksbildung Grimme an den Geheimrat Waetzold, den Generaldirektor der staatlichen Museen, ein schreiben gerichtet, in dem es heisst: "In Ihrem Bericht vom 16. Juni haben Sie die Gründe gegeneinander abgewogen, die für oder wider die Weiterführung der Verhandlungen über den Austausch der Nofretete=Büste sprechen. Sie kommen zu dem Schluss, dass vorläufig davon abgesehen werden möge, die staatsministerielle Genehmigung zu dem Austausch zu erwirken. Ich begrüsse diesen Entschluss der Mussen. Nach dem Urteil der Sachverständigen hätte allerdings das ägyptische Museum in Berlin durch die Gegengaben eine wesentliche Bereischerung erfahren. Dieser Gewinn darf aber nach meiner Ueberzeugung nicht erskauft werden durch den Verlust eines Kunstwerkes von ebenfalls hohem Rang und so gegenwartslebendiger Wirkung, wie sie von der Nofretete ausgeht."

Weltrekord im Dauerspielen. Die Bromberger Musikkapelle Breger hat dieser Tage einen neuen Weltrekord im Dauerspielen aufgestellt: sie musiziertes 49 Stunden ununterbrochen und "erledigte" bei der Gelegenheit über 400 grösesere Musikstücke. Nach Vollbringung dieses schauerlichen Werkes waren die Dauermusiker vollkommen erschöpft. Ihre im vorigen Jahr (sich) aufspielenden Münchener Konkurrenten haben sie um zwei Stunden geschlagen.



#### Die Unfallziffer steigt'

しし しゅき たんじんしゅ でほう きりりひき きゅうきき

SPD. Die vom Reichsversicherungsamt bearbeitete und jetzt bekannt gegebene Unfällursachenstatistik für das Jahr 1928 enthält grauenhafte Zahlen. Die Unfällziffern steigen und steigen. Die Zahl der Opfer der Arbeit wird von Jahr zu Jahr grösser, weil das kapitalistische Profitstreben auf Leben und Gesundheit der im Produktsionprozess tätigen Menschen keine Rücksicht nimmt. Nicht zuletzt ist es die Rationalisierung, die die Unfallziffer von neuenm in die Höhe getrieben hat. Das übersteigerte Arbeitstempo wird zum Mörder am Arbeiter. Umso unbegreiflicher ist die Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums, das ausgerechent in einer Zeit steigender Unfallziffern nichts besseres zu tun weiss, als den Abbau der sozialen Einrichtungen zu fordern, die doch nur notdörftig die den Opfern der Arbeit geschlagenen Wunden lindern können.

Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften sind im Jahre 1928 insgesamt 924 222 Unfälle vorgekommen, von denen 56 469 entschädigungspflichtig wurden und 4 621 tödlich verlaufen sind. Im Jahre zuvor sind 828 756 Unfile vorgekommen; davon wurden 53 283 entschädigt; 4 486 verliefen tödlich. Die Steigerung der

Zahl der Unfälle beträgt gegenüber dem Jahre 1927 = 11,52%.

Die bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften im ahre 1928 gemeldeten Unfälle ereigneten sich in erster Linie beim Transport, durch Fallen von Leitern und Treppen, auf dem Weg von und zur Arbeit, durch Handwerkszeug, durch feuergefährliche, heisse und ätzende Stoffe, durch glühendes Metall, Gase und

Fördermaschinene inrichtungen.

Von insgesamt 1 303 994 bei den gewerblichen, landwirtschaftlichen und knappschaftlichen Berufsgenossenschaften angemeldeten Unfällen sind 195 536 entschädigungspflichtig gewesen. Dazu kommen noch 6 851 anerkannte Entschädigung en der Ausführungsbehörden, so dass insgesamt für 202 387 Unfälle die Entschädigungspflicht gegeben war, Genau betrachtet, ist die Zahl der Entschädigungen noch grösser, da viele Unfälle, die im Laufe des Jahres 1928 sich ereignet haben, erst in den folgenden Jahren zur Anzeige und zur Entschädigung gelangten.

Rund 1/6 aller Unfälle ist also der Art, dass Entschädigungspflicht besteht. Die Unfälle mit tödlichem Ausgang belaufen sich auf insgesamt 9 860; rund der zwanzigste Teil der entschädigungspflichtigen Unfälle sind solche mit töd-

lichem Ausgang.

Das ist die <u>Kehrseite des Arbeitslebens</u> der Arbeitnehmerschaft. Welche andere Schicht des deutschen Volkes hat solch ein <u>Risiko</u> zu tragen?

04945046 eecappaaaa

SPD. Die <u>Kündigung des Lohntarifs</u> für die <u>obererzbergische Textilindustrie</u> durch die Arbeitgeber haben die Textilarbeiter mit der <u>Aufkündigung des Arbeits-</u>

zeitabkommens beantwortet.

Die Absicht der Unternehmer, mit mit Hilfe ihrer Kündigung einen Lohnabbau zu erzwingen, tritt durch die Lohnabbaudiktate einzelner Firmen klar zutage. So hat die Firma <u>Donath</u> Maisenberg (Erzgebirge) einen 20% Akkordlohnabbau angeordnet und, da die Arbeiterschaft damit nicht einverstanden ist, die Kündigung ausgesprochen. Die Arbeiterschaft, die gut organisiert ist, wird den ihr hingeworfenen Fehdehandschuh aufnehmen.

SPD. Tom Shaw, der Sekretär der Textilarbeiter-Internationale und britische Kriegsminister, hat unter dem starken Eindruck der von dem Verbandstag des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Stuttgart stattgefundenen Jungtextilarbeiterkundgebung vor seiner Rückreise nach England in der "Schwäbischen Tagwacht" einige beachtsame Bemerkungen über die gewerkschaftliche Jugendbewegung gemacht.

einige beachtaame Bemerkungen über die gewerkschaftliche Jugendbewegung gemacht.

"Es gibt Leute", so schreibt Tom Shaw, "die über den Einfluss der Jugendihre Zweifel haben und besorgen, dass jugendlicher Ueberschwang zu gefährlichen Experimenten und zu voreiligen Entschlüssen führen kann, die sich für die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung nachteilig auswirken. Ich kann diese Sorgen nicht teilen. Die Jugend ist stürmisch und grosser Anstrenungen fähig. Jugendlicher Enthusiasmus will mithelfen und nicht die Arbeit der Gewerkschaften schwächen, welch letztere durch die Erfahrung und manche Enttäuschungen in der Vergangenheit vielleicht etwas skeptisch geworden sind, und mit der Behutsamkeit, auf der die Verantwortung lastet, die Zukunft ins Auge fassen. Ich bin fest überzeugt, die Jugend wird eine unwiderstehliche, treibende Kraft zum Guten sein. Tradition ist eine der mächtigsten Kräfte der Welt. Unsere Jugendbewegung schafft sich neue Sitten und Gebräuche, neue Formen der Gemeinschaft under Brüderlichkeit und jene kameradschaftliche Verbundenheit, durch die und aus der nach meiner Ueberzeugung die Gesellschaft der Zukunft geboren wird.

Wahrscheinlich sind die Kriege der Vergangenheit viel mehr dem Umstand zuzuschreiben, dass die Arbeiter des einen Landes ihre Kollegen jenseits der Grenze nicht kannten, als allen anderen Gründen sonst. Lasst darum die Jugendbewegung Deutschlands ihre Wanderungen über die Grenzen hinaus auf andere Länder ausdehnen und die Jugend der anderen Länder nach Deutschland kommen! Dann werden die Väter und Mütter von morgen die Katastrophe eines künftigen Krieges

vermeiden. Das ist mein felsenfester Glaube."

SPD. Der Stuttgarter Verbandstag der freiorganisierten Textilarbeiter ging am Sonnabend zuende. Von den zuletzt gefassten Beschlüssen ist vor allem die Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung hervorzuheben. Die Zahl der Karenzetage wurder von 7 auf 3 verkürzt. Ein Arbeitsloser mit einer zweijährigen Mitgliedschaft hat künftig eine um 5 Tage längere Bezugsdauer. Der Verbandstag forderte Ausbau des Kranken- Invaliden- und Arbeitslosenschutzrechtes; die Vorschläge der Reichsanstalt zur Reform der Arbeitslosenversicherung lehnte er ab. Auch eine Erweiterung des Frauen- und Jugendschutzes hielt der Kongress für notwendig.

Der bisherige besoldete Vorstand wurde wiedergewählt; zu ihm tritt neu

hinzu als Hauptkassierer Schönleben-Augsburg.

Der Verbandstag nahm mit der Vorstandswahl, bei der ein einmütiges Votum zustande kam, einen harmonischen Abschluss. Der Verbandsvorsitzende Schrader gab in seinem Schlusswort dem Wunsche Ausdruck, dass die Textilarbeiterdelegierten nach der Rückkehr in die Heimat das Tagungserlebnis für die Werbeaktion des Verbandes, die demnächst neu einsetze, nutzbar machen mögen.

SPD. Die <u>Tagesordnung</u> der am 29. Juli in Breslau zusammentretenden 27. <u>Generalversammlung des Verbandes der Bergbau Industriearbeiter</u> steht nunmehr fest: Neben dem Geschäftsbericht kommen zur Beratung die Aenderung des Verbandsstatuts, Das Bergarbeitergesetz, die Reaktion in der Wirtschafts- und Sozialpolitik und die internationalen Bergarbeiterfragen.

Vertreter von kommunistischen und nationalsozialistischen Zeitungen und Korrespondenzbüros werden wegen ihrer unsachlichen und niederträchtigen Kampfes-

weise nicht zum Verbandstag zugelassen.



#### Bankrott des Kartellismus.

( Die Rohstoffpreise sinken weiter. )

SPD. Der intellektuelle Bankrott des Kupferkartells und der Zinnproduzentenvereinigung liegt auf der Hand. Elektrolytkupfer New York wird gegenwärtig mit 11,75 Cents für das englische Pfund notiert gegenüber 18 Cents vor einem Jahr. Das ist der tiefste Stand, den der Kupferpreis während der Herrschaft des internationalen Kupferkartells erreicht hat. Beim Zinn ist gegenüber dem Vorjahr eine Senkung von 200 englischen Pfund pro Tonne auf nicht ganz 130

Pfund eingetreten.

Die beschlossenen <u>Drosselungen in der Zinnproduktion</u> haben nichts genutzt; sie sind nur in geringerem Umfang durchgeführt worden. Aus politischen Gründenschreckt man auch vor der konsequenten Verwirklichung der Drosselungsbeschlüsse zurück, insbesondere erwartet man durch Freisetzung grösserer Arbeitermengen in den kleinen ostasiatischen Gruben Schwierigkeiten, So erwägt man ernsthaft den Plan, die grossen billigen und modernen Gruben in Ostasien und Bolivien für mehrer Monate zu schliessen. Man will sich also auf den unrentabelsten Teil der Produktion zurückziehen. Der Widersinn der Kartellbeschlüsse liegt auf der Hand. Die Absichten der Produzenten werden jedenfalls ebenso schnell zusammenbrechen wie wir das auf anderen Märkten erlebt haben.

Auf dem <u>Kupfermarkt</u> sind nach kurzer Anregung die Preise durch Nichterneuerung des Abkommens zwischen den Kupferhütten und den grossen Kupfergruben wieder ins Gleiten geraten. Durch das Abkommen hatten sich die grossen Kupfergruben während längerer Zeit verpflichtet, den Lohnhütten ihre Erzeugung abzunehmen. Jetzt, wo das Abkommen nicht wieder erneuert ist, bieten die Hütten, die
immer Geldbedarf haben, selbstverständlich unter der amtlichen Notiz an. So
erklärt sich der neue Tiefstand der Kupferpreise.

Sehr schwach im Preise liegen auch <u>Silber</u> und das in stärkstem Masse aus Ostasien versandte <u>Wolfram</u> und <u>Antimon. Zink</u> und <u>Blei</u> haben sich um eine Kleinigkeit besser behauptet. Das Geschäft war aber in allen Metallen äusserst

schwach.

Kolonialwaren zeigen durchaus Preisrückgänge. Für Gummi hat das seinen Grund in der schlechten Aufnahmefähigkeit Amerikas. Weiter hat sich herausgestellt, dass der von den holländisch-englischen Produzenten für den Monat Mai angesetzte Zapffeiermonat - Unterbrechung der Kautschukproduktion um einen Monat - so ziemlich wirkungslos geblieben ist. Auf den Zuckerpreis drücken der schleppende Verkauf der javanischen Ernte, die guten Ernteaussichten in Java und Kuba und schliesslich der dauernde Absatzrückgang infolge der Wirtschaftskrise. Eine Anregung erhielt der Markt durch russische Käufe. Russland soll angeblich 135 000 Tonnen kubanischen Zuckers hereingenommen haben. Der Preis soll sehr hoch sein, was, wie man hört, daher rührt, dass die Bezahlung gestundet wordens ist. Von anderer Seite wird behauptet, dass bei den russischen Zuckerkäufen eine englische Bürgschaft (nach deutschem Muster) eine Rolle spielt und zwar soll sich die englische Regierung bis zu 60% für die russischen Verpflichtungen stark gemacht haben. Die Kaffeeernteaussichten in Brasilien werden günstig beurteilt. Diese: Tatsache müsste auf den Markt drücken. Die brasilianische Kaffeekasse hat aber rechtzeitig interveniert. Angesichts dieser Entwicklung fragt man sich, was Brasilien schliesslich mit seinen Kaffeevorräten anfangen will. Die Vorrte wachsen weiter an und die Bedenken darüber werden nicht aus der Welt geschafft, wenn man die älteren Bestände durch neue ersetzt. Allem Anschein nach scheint auch der <u>Verkauf der alten Ware</u> die Kunden zu verstimmen. Das gilt besonders für Santos-Kaffees. So ist z.B. der Anteil der Santoskaffees am deutschen Import in den letzten Jahren auffällig zurückgegangen. Auf Grund von Abmachungen bei der letzten Anleihe ist die brasilienische Kaffee kasse auch gehalten, die Zustimmung der internationalen Bankiers für ihre Interventionen einzuholen. Das ist immerhin ein ungünstiges Moment, denn es ist möglich, dass die internationale Finanz die weitere Entwicklung pessimistisch ansieht und dementsprechend Massnahmen trifft.

Die internationalen Getreidemärkte liegen ausgesprochen schach; die Preise haben an wichtigsten Plätzen einen seit dem Kriege noch nicht erlebten Tiefstand erreicht. Auf den Spinnstoffmärkten hat sich Wolle gut behauptet. Die Wollpreise sind nach den scharfen Preisgängen während der letzten Jahre seit einfgen Monaten im ständigen Steigen begriffen. Vielleicht kann man als Konjunktursymptom deuten, dass die englischen Werke die Pfingstpause stark verkürzt

haben.

Die Baumwollpflanze entwickelt sich sowohl in der nordamerikanischen Union als auch in Aegypten äussersz günstig. Der Absatz der Spinnstoffindustrie stockt aber immer noch. Besonders ist der Export nach Ostasien in Mitleidenschaft gezogen. Hier spielen selbstverständlich die politischen Unruhen u.a. der indische Boykott eine Rolle. Matürlich hat sich auch der Rückgang der Silberpreise ungünstig auf den Markt ausgewirkt. Es ist schon begreiflich, dass die Regierung sowohl in Nordamerika als auch in Aegypten dabei sind, den Markt nach allen Regeln der Kunst zu bearbeiten. In Nordamerika will man jetzt endlich eine Gesellschaft gründen, die den Baumwollpreis stabilisieren und zu diesem Zweck eine Teil der alten genossenschaftlichen Läger übernehmen und dem Markt fernhalten soll. Wirkungen hat die Ankündigung auf den Markt nicht gehabt.

SPD. Die deutsche Kunstseidenindustrie steht vor neuen Kämpfen. Die I.G. Farbenindustrie hat erklärt, dass sie dem Anfang Juni formell in Kraft getrete hen Kunstseidenpakt nicht beitreten werde. Das bedeutet praktisch neuer Kampf zwischen den beiden grossen Kunstseidengruppen in Deutschland, der I.G. Farbenindustrie und den Elberfelder Glanzstofffabriken (Aku). Mit diesem Streit wird die Frage des Unfugs der verschiedenen In- und Auslandspreise in aller Oeffentlichkeit angeschnitten. Der Konflikt Farben kontra Glanzstoff hat also Bedeutung über den Rahmen der deutschen Kunstseidenindustrie hinaus.

Die deutsche Kunstseidenindustrie, die einen starken Export hat, offeriert ihre Ware im Ausland billiger als im Inland und kann das wegen des bestehenden. Kunstseidenzolls. Nun ist es aber den ausländischen Kunstseidenkonzernen gelungen, den deutschen Zoll zu überspringen und den deutschen Fabriken Teile ihres binnenländischen Absatzmarktes abzujagen. Dagegen verlangt die deutsche Kunstseidenindustrie einen höheren Kunstseidenzoll. Es gelang auch, die Kunstseide weiterverarbeitende Industrie dafür breitzuschlagen und zwar erklärte sich die se bereit, 90% ihres Bedarfs von deutschen Fabriken abzunehmen. Dagegen sollten sich die Kunstseidenfabriken aber verpflichten, der weiterverarbeitenden Industrie dieselben Preise einzuräumen, die man für dieselbe Ware im Ausland fordert Unter diesen Umständen wollte sich die weiterverarbeitende Industrie in Deutschland mit den erhöhten Kunstseidenzöllen einverstanden erklären. Auf dieser Basis schien eine Einigung zustande zu kommen. Streitigkeiten aus dem Pakt sollten durch das Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Müller-Oerlinghausen geschlichtet werden. Unter diese Vollmacht fällt auch die Preisfestsetzung. Allerdings fehlen unter dem Pakt noch die Unterschriften einiger bedeutender Kundstseidefabriken, u.a. auch die der I.G. Farbenindustrie. Nun erklärt die I.G. Farbenindustrie, dass sie ihre Unterschrift nur unter der Voraussetzung leisten könne, dass der schon jetzt bestehende Zoll bei der Preisfestsetzung berücksichtigt werde. Die I.G. Farbenindustrie will also die Preisverschiedenheit im In- und Auslande aufrecht erhalten, mit anderen Worten, aus dem Zoll ihren besonderen Profit schlagen. Das ist erklärlich; denn die I.G. Farben-industrie liefert Kunstseiden, die von den ausländischen Firmen weniger nach Deutschland eingeführt werden. Sie könnte also, falls ein höherer Kunstseiden-zoll in Kraft tritt, den erhöhten Zoll in höhere Preise umsetzen. Darum geht es bei der I.G. Farbenindustrie.

Die Dinge in der Kunstseidenindustrie entwickeln sich mehr und mehr zum Skandal. Es sei nur darauf hingewiesen, dass hier offensichtlich wieder der Versuch gemacht wird, einen Schutzzoll. der die ausländische Konkurrenz abhalten soll, in höheren Preisen auszuwerten. Wann wird der Reichswirtschaftsminister des Preissenkungskabinetts endlich eingreifen und gegen die sich häufenden Skandale in der Wirtschaft mit einem Kartellgesetz bezw. mit einem verbesserten Kartellgesetz vorgehen?

SPD. Das Rheinische Braunkohlen-Syndikat konnte seine Rohkohlenförderung von 49,29 Millionen Tonnen im Jahre 1928/29 auf 52,33 Millionen Tonnen im Jahre 1929/30 steigern. Die Brikettherstellung erhöhte sich von 11,45 auf 12 Millionen Tonnen. In den starken Steigerungen kommt der harte Winter 1928/29 zum Ausdruck. Interessant ist eine Vergleichung mit den Förderziffern vor dem Krieg. 1913/14 betrug die Kohlenförderung 21,18 Millionen Tonnen und die Brikettherstellung 5,9 Millionen Tonnen. In dem Bericht des Syndikats prägen sich die produktsiontechnischen Veränderungen der letzten Jahre interessant aus. So wird u.a. betont. dass einige Grossverbraucher, die seit vielen Jahren Braunkohlenbriketts für ihre Generatoren bezogen, zum Bezug von Ferngas übergegangen seien. Die Staubkohlenfeuerungen, die sich immer mehr einführt, liess den Absatz von blasfertigem Braunkohlenstaub um 30% auf 172 000 Tonnen steigern.

Die Einnahmen werden mit 2,6 Millionen Mark angegeben, denen 2,6 Millionen

Mark Geschäftsunkosten gegenüberstehen.

SPD. In nächster Woche werden in Warschau Verhandlungen über eine evtl. Verlängerung des deutsch-polnischen Roggenabkommens, das am 1. Juli abläuft, beginnen. In Kreisen des polnischen Getreidehandels wird gegenwärtig eine eifrige Diskusion über die Zweckmässigkeit einer Verlängerung geführt. Eine vom polnischen Landwirtschaftsministerium einberufene Konferent hat sich allerdings grundsätzlich für eine Fortsetzung der Tätigkeit der deutsch-polnischen Roggenkommission ausgesprochen, jedoch zu gleicher Zeit ganz bestimmte Forderungen aufgestellt. So wird u.a. die Gleichstellung des polnischen mit dem deutschen Anteil verlangt, weiter eine Sicherung des polnischen Absatzes. Von polnischer Seite wird auch darauf hingewiesen, dass der Roggenpreis gegenwärtig noch niedriger sei als vor dem Zustandekommen der deutsch-polnischen Konvention. Dabei wird aber nicht berücksichtigt. dass die Roggenmärkte sich weiter verschlechterten und dass Sowjetrussland als neuer Konkurrent auf den Markt getreten ist.

SPD. Die polnische Regierung wird der Genfer Konvention, die die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote vorsieht, nicht beitreten. Der Schritt wird mit den ungeordneten wirtschaftlichen Beziehungen Polens gegenüber Russland und Deutschland begründet. Beharrt Polen auf seinem Beschluss, so werden am 1. Juli insgesamt 12 Staaten unter der Führung der Tschechoslowakei von dem Konvention zurücktreten, da sie die Einführung der Konvention von dem Beitritt Polens abhängig gemacht haben.

#### Regen drückt.

### ( Berliner Produktenbörse vom 21. Juni. )

SPD. Die durch den Witterungsumschlag und die Regenfälle verbesserten Aussichten für die neue Ernte – in Berlin hat es in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend und Sonnabend Morgen geregnet – haben einen gewissen Einfluss auf die Stimmung an der Berliner Produktenbörse ausgeübt. Insbesondere wurde Hafer am Sonnabend niedriger bewertet, da dieses Getreide bisher am meisten unter der Dürre gelitten hat. Auch Weizen und Roggen verloren am arkte der Zeitgeschäfte im Durchschnitt zirka 2 Mark; jedoch war die Umsatztätigkeit nur gering. Im Lokogeschäft blieb das Angebot an Brotgetreide ebenfalls wenig umfangreich. Gleichzeitig liess sich auch keine grössere "aufneigung feststellen. Auf beiden Seiten herrschte Zurückhaltung. Der Mehlmarkt blieb weiter leblos.

| <u>'</u>                              | <u> 20. Juni</u>            | <u> 21. Juni</u> |
|---------------------------------------|-----------------------------|------------------|
|                                       | (ab märkische               | Station in Mark) |
| Weizen                                | 301 <b>- 3</b> 05           | 301 - 305        |
| Roggen                                | 172 - 177                   | 172 - 177        |
| Braugerste                            | . ***                       |                  |
| Futter- und Industriegerste           | 168 - 184                   | 168 - 184        |
| Hafer                                 | 150 - 162                   | 148 - 160        |
| loco Mais Berlin                      | <b>~</b>                    |                  |
| Weizenmehl                            | 33,75 - 42,00               | 33,75 - 41,75    |
| Roggenmehl                            | 21,50 - 24,50               | 21,50 - 24,50    |
| Weizenkleie                           | 7,60 - 8,10                 | 7,60 - 8,10      |
| Roggenkleie                           | 7,75 - 8,00                 | 7,75 - 8,00      |
| Handelsrechtliche Lieferungsgesch     | <u>äfte: Weizen Juli 29</u> |                  |
| (Vortage 296) Sentember 2604 und Cold | 7069\ Obtaham 0601          | 000 (007) Dames  |

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 292-293 und Geld (Vortag: 296), September 260g und Geld (262), Oktober 262g-262 (263). Roggen Juli 167g-168g (169), September 170g-170g Geld (172g), Oktober 172-172g Geld (174g). Hafer Juli 163-165 (166), September 166-167g Geld (169), Oktober 170 (172).

#### Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 21. Juni: I. 136 Mark, II. 126 Mark, III. 110 Mark je Zentner. Tendenz: fest.

SPD. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat gibt seine Förderung für den Monat Mai mit 8,968 Millionen Tonnen an gegenüber 8,689 Millionen Tonnen im Vormonat. Die arbeitstägliche Produktion beträgt jedoch nur 344 900 Tonnen gegenüber 362 000 Tonnen. Es ist also gegenüber dem Vormonat eine arbeitstägliche Verringerung von 4,74% eingetreten und gegenüber dm entsprechenden Monat des Vorjahres eine solche von 13,18%. Der Absatz (Koks und Briketts in Kohle umgerechnet) beträgt 5,626 Millionen Tonnen gegenüber 5,015 Millionen Tonnen im Vormonat. Das bedeutet eine Steigerung, die wohl mit den Verbilligungen auf Grund der Sommerrabatte usw. zusammenhängen dürfte, gegenüber dem Vormonat um 3,56%.